Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 8.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 13. Steinheim, Donnerstag, den 3. Februar 1921. 26. Jahrgang.

Der fallende Dollar.

Der Dollarkurs hat in der ersten Januarhälfte einen erheblichen Sturz getan. Während in den letzten Dezember-Tagen 1920 der amerikanische Dollar an der Berliner Börse mit 74 Mark bezahlt werden mußte, sank sein Wert Mitte Januar auf 65,50 Mk. Der Grund ist durchaus nicht der, daß man in Amerika die deutschen Wirtschaftsaussichten für besonders günstig hält, sondern die große Rohstoffkrise, welche in Amerika und bei anderen großen Rohstoff-Produzenten der Welt ausgebrochen ist. Amerika erstickt in seinen Baumwoll-, Kupfer- und anderen Rohstoffvorräten. Es hat ein reges Interesse daran, die früheren großen Abnehmer in Mittel- und Osteuropa wieder aufnahmefähig zu machen. Der Haupthinderungsgrund ist hierbei der gesunkene Geldwert. Die amerikanische Spekulation hat also ein Interesse daran, daß die deutsche Mark in Amerika wieder kaufkräftig wird. Das ist das ganze Geheimnis, warum der Dollarkurs in Deutschland sinkt und der Markkurs in Amerika steigt.

Die unverkäuflichen Vorräte an Baumwolle, Metallen usw., die Amerika liegen hat, drücken natürlich auf die neue Produktion. Es ist damit zu rechnen, daß nach einigen Monaten, oder höchstens nach einem Jahre, die Vorräte aufgebraucht sein werden. Dann aber macht sich die verminderte Erzeugung geltend. Sobald einmal Baumwolle und Kupfer knapp geworden sein werden, verengert sich der Kreis derer, welche ihren Bedarf decken können. Dann werden die Länder mit entwertetem Geld wieder ausfallen. Würde also Deutschland im Hinblick auf die gegenwärtigen reichen Baumwollvorräte beispielsweise seine Textilindustrie ausdehnen, so würde es Gefahr laufen, schon nach sehr kurzer Zeit ohee Rohstoffe zu bleiben. Valutaschwache Länder sind das Zünglein an der Wage der Weltkonjunktur. Sind die Weltvorräte reich, so läßt man sie voll arbeiten, sind die Weltvorräte knapp, so legt man sie still.

An die Zentrumswähler.

Wahlaufruf der preußischen Zentrumspartei.

!! Der Vorstand der Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung und der Vorstand der preußischen Zentrumspartei wenden sich aus Anlaß der kommenden Wahlen in einem gemeinsamen Aufruf an die Zentrumswähler in Preußen.

Zunächst wird der aufopfernden Mitarbeit der Partei an den gewaltigen Aufgaben der Preußischen Landesversammlung gedacht. Durch Eintritt in die Koalitionsregierung hat das Zentrum die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung ermöglicht. An dem Zustandekommen des preußischen Verfassungswerkes hat die Zentrumsfraktion hervorragenden Anteil. Auf dem Gebiete der Schule stand das Zentrum der geschlossenen Gegnerschaft der Linken gegenüber.

Das Zentrum hat sich allen Versuchen widersetzt, die Schule zu einem Monopol des Staates zu machen. Bei der Beratung des Lehrerdiensteinkommensgesetzes hat es das Recht der Gemeinde auf die Schule verteidigt und zum größten Teil gerettet. Das Zentrum ist die einzige Partei, die noch heute rückhaltlos für die konfessionelle Lehrerbildung eintritt.

Getreu seinem alten Programm hat das Zentrum seine besondere Aufmerksamkeit der Sozialpolitik zugewandt. An der Besoldungsreform der Beamten hat das Zentrum mit hingebendem Eifer mitgearbeitet.

Auf wirtschaftlichem Gebiete hat das Zentrum sich auch diesmal wieder bemüht, dem Ausgleich der Interessen zu dienen. Die in den östlichen und westlichen Grenzprovinzen hervorgetretenen Lostrennungsbestrebungen von Preußen hat das Zentrum, soweit sie in vaterländischem Denken und Fühlen wurzelten, gegen den ungerechten Vorwurf des Landesverrats in Schutz genommen, es hat darauf bestanden, daß der legale Weg, den der Art. 18 der Reichsverfassung vorzeichnet, ihnen offengehalten werde. Es hat andererseits verlangt, daß auf überstürzte Katastrophenpolitik unbedingt verzichtet und die Rücksicht auf das Wohl des gesamten deutschen Vaterlandes allem andern übergeordnet werde.

Große Aufgaben harren des künftigen Landtages!

Manche Anzeichen sprechen dafür, daß den Ländern eine weitgehende kulturpolitische Zuständigkeit verbleiben wird. Es wird darum außerordentlich viel darauf ankommen, daß das Zentrum, das von jeher in der Verteidigung der christlichen Kulturgüter seine vonehmste Aufgabe erblickte, in imponierender Stärke in das preußische Parlament einzieht.

Ebenso notwendig brauchen wir ein starkes Zentrum für die vom neuen Landtag zu erledigende Verwaltungsreform. Wir verlangen eine durchgreifende Dezentralisation der Verwaltung unter gleichzeitiger wesentlicher Erweiterung der Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde. Ohne die energisch vorwärts treibende Mitarbeit einer starken Zentrumsfraktion wäre an eine Erfüllung dieser Forderungen nicht zu denken.

Eine Hauptaufgabe des neuen Landtags wird die fortlaufende Anpassung des Beamteneinkommens an die Kosten der Lebenshaltung sein. Das Mindestziel bleibt die Sicherung des Existenzminimums.

Das Zentrum wird bleiben, was es immer gewesen ist, eine echte christliche Volkspartei, die ihre Fürsorge auf alle Volksgenossen ohne Unterschied des Standes oder Bekenntnisses erstreckt.

Für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Mit diesem alten Kampfruf pflanzt das Zentrum sein ruhmreiches Banner auch diesmal wieder im heißen Wahlkampfe auf. Möge die alte Losung, die nunmehr eine 50jährige Geschichte hat, auch diesmal in vielen Millionen deutscher Herzen freudgen Widerhall vielen Millionen deutscher Herzen freudigen Widerhall Sieg nicht fehlen.

Caberia. Der grösste historische Film Deutschlands wird am 14. Februar in den Steinheimer Lichtspielen gegeben.

Die Pariser Beschlüsse.

Vertragswidrige Forderungen.

Die maßlosen Forderungen der Pariser Konferenz haben im ganzen deutschen Volke einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Jeder einzelne, der die Beschlüsse der Alliierten liest, ist der Auffassung, daß sich keine deutsche Regierung jemals zur Anerkennung dieser „Vorschläge" bereit finden lassen kann. Von der äußersten Rechten bis zu den Unabhängigen sind alle Parteien von ihrer Unerfüllbarkeit überzeugt. Auf der anderen Seite ist kaum zu erwarten, daß die Alliierten ihre Ansprüche auf ein für uns erträgliches Maß herabschrauben werden. Nicht mit Unrecht fragt man sich, ob es unter diesen Umständen überhaupt noch Zweck hat, der Einladung der Entente nach London Folge zu leisten und in eine Besprechung der Reparationsfrage auf der Grundlage der Ententeforderungen einzutreten?

Die Pariser Beschlüsse werden von den Alliierten als Vorschläge für die endgültige Regelung ihrer Entschädigungsansprüche bezeichnet. Damit haben sie anerkannt, daß Deutschland das Recht der Ablehnung hat. Verweigern wir aber die Annahme der Pariser Vereinbarungen, so wird die Reparationskommission noch vor dem 1. Mai ihr Diktat fällen, wozu sie nach dem Vertrag berechtigt und verpflichtet ist. Dieses Diktat wird aber wesentlich anders aussehen müssen als die Pariser Vorschläge, die in vielen Punkten von den klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages abweichen und vielfach völlig vertragswidrig sind.

In der Entschädigungsnote werden zum Beispiel Zahlungen von 42 Jahren festgelegt, während der Friedensvertrag die Reparationskommission verpflichtet, die Summe zu bestimmen, die Deutschland innerhalb dreißig Jahren zu bezahlen hat. Ferner fordert der Vertrag die Festsetzung der Gesamtentschädigung, die Ententevorschläge sprechen aber nur von Jahreszahlungen, ohne sich auf eine feste Summe festzulegen. Auch die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe ist mit den Vertragsbestimmungen nicht zu vereinbaren, da aus den Ententevorschlägen gar nicht hervorgeht, ob sie auf die Gesamtsumme angerechnet werden soll. Auch wäre sie nur als Zwangsmaßnahme denkbar, wenn Deutschland mit seinen Zahlungen im Rückstande bliebe. Das Verbot auswärtiger Anleihen findet ebenfalls keine Stütze in dem Vertrag und stellt einen Eingriff in die deutsche Staatshoheit und in die inneren deutschen Angelegenheiten dar, der dem Geiste des Friedensvertrages widersprich.

Die Vorschläge von Paris lassen sich also nicht ohne weiteres in ein Diktat verwandeln. Auf der anderen Seite kann kein Zweifel über die gänzliche Unerfüllbarkeit dieser Vorschläge bestehen. Es ist geradezu ein wahnsinniges Unterfangen, ein 60 Millionen-Volk auf nahezu ein halbes Jahrhundert hinaus einer finanziellen und wirtschaftlichen Versklavung auszuliefern und ihm das Dasein als selbständige Nation zu rauben. Die deutsche Regierung wird zweifellos bei den bevorstehenden Verhandlungen in London die Entente nochmals von der Unmöglichkeit und der Vertragswidrigkeit der Pariser Vorschläge zu überzeugen suchen. Sollten ihre Bemühungen erfolglos bleiben, — und das ist leider zu erwarten —, dann wird keine Gewalt sie zur Annahme der wahnwitzigen Ententeforderungen zwingen können. Die Alliierten müssen dann aber erst durch eigene Erfahrungen belehrt werden, daß ihr Standpunkt unhaltbar ist und daß nur im Geiste der Verständigung und der Versöhnlichkeit eine alle Beteiligten befriedigende Lösung der Entschädigungsfrage gefunden werden kann. F.

Der polenfreundliche Reichsgraf.

Graf Oppersdorf für den Anschluß Oberschlesiens an Polen.

Eine in Oberglogau kürzlich abgehaltene Versammlung, zu der der Reichsgraf von Oppersdorf eine Reihe polenfreundlicher Elemente eingeladen hatte, hat in Oberschlesien und auch im unbesetzten Deutschland berechtigtes Aufsehen erregt. Von der polnischen Presse wurde darüber als von einer „Versammlung der Gemeindevorsteher und führenden Persönlichkeiten" berichtet.

Demgegenüber sei festgestellt, daß der Kreis Neustadt O.-S. von überwiegend deutscher Bevölkerung bewohnt ist und daß im ganzen nur drei Gemeindevorsteher zu der Versammlung erschienen waren. Der Einberufer, Reichsgraf v. Oppersdorf, dessen Polenfreundlichkeit seit langem bekannt ist, trat in einer jedes Mißverständnis ausschließenden Weise für einen Anschluß Oberschlesiens an Polen ein. Seine Ausführungen erläuterte und unterstützte der Gräflich Thiele-Winklersche Generalbevollmächtigte, Regierungsrat a. D. Schapper, der in den schwärzesten Farben die Folgen schilderte, die ein Verlust den Industriebezirks für das übrige Schlesien haben müßte. Aus seinen Darlegungen ging klar hervor, daß er den Anschluß des linken Oderufers an Polen wünschte.

Diesen Ausführungen traten in entschiedener Weise der Graf v. Scherr-Toß, der Verwalter des Landratsamts von Oberglogau, und der Plebiszit-Unterkommissar von Oberglogau, Rechtsanwalt Dr. Marx, entgegen. Die Versammlung antwortete auf die Ausführungen der beiden letztgenannten Herren mit lautem Beifall. Eine Entschließung wurde nicht gefaßt, und von einem Erfolg dieser rein polnischen Veranstaltung konnte keine Rede sein.

Bestehen bleibt die Tatsache, daß der Reichsgraf von Oppersdorf versucht hat, eine polenfreundliche Stellungnahme der Kreisinsassen vorzutäuschen, was ihm jedoch trotz der in der polnischen Presse erschienenen falschen Berichte nicht gelang. Erst drei Tage später versuchte auch der Regierungsassessor a. D. Schapper, die Sache so darzustellen, als ob er mißverstanden worden sei und man aus seiner Rede vollkommen falsche Schlüsse gezogen habe.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. Februar 1921.

— Der deutsche Botschafter Dr. Mayer, der in persönlichen Angelegenheiten Ende vergangener Woche von Paris nach seiner Heimat gereist war, ist wieder auf seinem Posten eingetroffen.

— Weihbischof Dr. Fr. Knecht ist in Freiburg im 82. Lebensjahre nach 26jährigem bischöflichen Wirken gestorben.

— Das Internationale Bergarbeiterkomitee hat beschlossen, den diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongreß am 8. August in Köln abzuhalten.

Die neuen Entwaffnungsforderungen.

Die Entwaffnungsnote der Pariser Konferenz.

Die deutsche Regierung veröffentlicht die beiden Anlagen zu der neuesten Ententenote. Die erste Anlage teilt die Entscheidungen der Alliierten über die endgültige Entwaffnung Deutschlands mit. Das neue Reichswehrgesetz muß, soweit es die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht anordnet, bis zum 15. März 1921 verabschiedet sein. Die überzähligen Offiziere und Angestellten der Reichswehr sind bis zum 15. April zu entlassen. Ferner wird die völlige Entwaffnung der Zivilbevölkerung verlangt. Die Festungen Küstrin und Boyen-Lötzen erhalten keinerlei Geschützausrüstung, die Festung Königsberg behält nur 22 schwere Geschütze. Die Seebefestigungen dürfen nur mit 420 Geschützen ausgerüstet sein, anstatt mit den von Deutschland geforderten 1086 Geschützen. Diese Maßnahmen müssen bis zum 28. Februar durchgeführt sein.

Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen.

An der Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen halten die Alliierten grundsätzlich fest. Die gesetzlichen Vorschriften, die die Auflösung aller Selbstschutzorganisationen anordnen und deren Wiedererrichtung unter Strafandrohung verbieten, müssen bis zum 15. März 1921 veröffentlicht sein. Die Auflösung aller dieser Organisationen hat so schnell als möglich zu erfolgen und muß spätestens am 30. Juni beendet sein. Sämtliche schweren Waffen und zwei Drittel der Handwaffen dieser Organisationen im ganzen Reich, einschließlich der Munition, sind bis zum 31. März abzuliefern, der Rest der Waffen und Munition ist bis zum 30. Juni abzuliefern.

Die Sicherheitspolizei muß den Charakter einer örtlichen Organisation wahren und darf auf keiner Stufe und in keiner Weise eine zentrale Organisation und keine stärkere Bewaffnung haben, als sie von der Interalliierten Militärischen Kontrollkommission festgesetzt ist. Die Gesamtheit der deutschen Polizeikräfte darf die Stärke von 150 000 Mann nicht überschreiten.

Bestimmungen über die Marine.

Sämtliche von der Marinekontrollkommission geforderten Schriftstücke müssen bis zum [illegible]. Februar übergeben werden. Bis zum 30. April 1921 ist die Desarmierung aller in Reserve gestellten Schiffe zu bewirken. Bis zum 31. Juli 1921 hat die Zerstörung aller im Bau befindlichen Kriegsschiffe zu erfolgen mit Ausnahme derjenigen, deren Umwandlung in Handelsschiffe zugelassen ist.

Ferner ist sofort die vollständige Zerstörung aller U-Boote und U-Boot-Teile zu bewirken und sofort je-

Caberia. Der grösste historische Film Deutschlands wird am 14. Februar in den Steinheimer Lichtspielen gegeben.

Caberia! Der größte historische Film Deutschlands wird am 14. Febr. in den Steinheimer Lichtspielen gegeben . . . . . .

der Bau von U-Booten und U-Boot-Teilen einzustellen. Ohne neuen Verzug ist die Auslieferung und Zerstörung aller über die zulässige Menge hinausgehenden Kriegsmaterialien zu bewirken.

Der deutschen Regierung wird ferner eröffnet, daß die Interalliierte Marine-Kontrollkommission auch in Zukunft bestimmen wird, was Kriegsmaterial ist. Dieses Gerät muß ohne Verzögerung zur Zerstörung oder Unbrauchbarmachung ausgeliefert werden.

Die von der deutschen Regierung zur Ausführung der Marinebestimmungen des Friedensvertrages erlassenen Gesetze sind in verschiedenen Fällen unzureichend. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, dem abzuhelfen.

Bestimmungen über Luftfahrt.

Die Nachforschungen nach verstecktem Luftschiff-Material sind von der Deutschen Regierung zu erleichtern und alle Ablieferungen müssen vor dem 15. Mai 1921 beendet sein.

Deutschland muß die Ausführung der Entscheidung von Boulogne sicherstellen, wonach die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrtmaterial erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden darf, an dem die Interalliierte Luftfahrt-Kommission anerkannt haben wird, daß der Artikel 202 vollständig ausgeführt ist.

Deutschland muß die für die Zerstörung von Zeppelinen verlangte Entschädigung leisten. Die Einzelheiten dieser Entschädigung werden durch einen besonderen Vertrag bestimmt.

Deutschland muß vor dem 31. März 1921 25 Millionen Mark als Entschädigung für das unzulässigerweise ausgeführte Material zahlen.

Deutschland muß die Entscheidung der Botschafter-Konferenz befolgen, wonach die Verwendung von Flugzeugen bei seinen Polizeiformationen untersagt wird.

Zum Schluß erinnern die Alliierten daran, daß sie zu wiederholten Malen die Schwierigkeiten berücksichtigt haben, die sich der deutschen Regierung bei der Ausführung der ihr nach dem Vertrag obliegenden Verpflichtungen entgegenstellen. Mit der gegenwärtigen Note bewilligen sie ihr neue Fristen. Sie hegen die sichere Erwartung, daß die deutsche Regierung die alliierten Mächte, die ihre früheren Entscheidungen bestätigen, nicht in die Notwendigkeit versetzen wird, die ernste Lage ins Auge zu fassen, die entstehen würde, wenn Deutschland weiter seine Verpflichtungen verletzte.

*

Die Entwaffnungsforderungen gehen nach Ansicht der zuständigen Stellen weit über den Friedensvertrag hinaus. Die Ablieferung und Zerstörung unseres Kriegsmaterials ist ziemlich weit vorgeschritten. Was noch vorhanden ist, sind Rückstände, aus denen eine Auswahl für die Reichswehr vorgenommen werden sollte.

Deutschland hatte bezüglich der ostpreußischen Schutzwehr darum nachgesucht, daß kein fester Termin für die Auflösung vorgesehen werde, bevor nicht der Krieg zwischen Polen und Rußland völlig beendet sei. Der jetzt festgesetzte Termin bedeutet ein glattes Hinweggehen über das deutsche Ersuchen. Die Festung Königsberg mit ihrer langen Landfront soll nur 22 Geschütze behalten, d. h. auf neun Kilometer ein kleines Geschütz. Daß uns die Festungsgeräte weggenommen werden, ist eine willkürliche Bestimmung, die im Friedensvertrage keinerlei Unterlage hat.

Caberia! Der größte historische Film Deutschlands wird am 14. Febr. in den Steinheimer Lichtspielen gegeben . . . . . .

Die vorhandenen Marine-Pläne und Karten sind abgeliefert. Der Umbau der Kriegsschiffe in Handelsschiffe ist bis auf ein einziges in Angriff genommen, ebenso die Zerstörung der U-Boote. Die geforderte Auslieferung der Armierungen entspricht nicht dem Friedensvertrage. Das deutsche Anerbieten, die Armierungen auszuliefern, wenn sie auf das Reparationskonto angerechnet werden, ist unbeachtet geblieben.

Deutschland hat im Kriege 48 000 Flugzeuge gebaut. 27 000 sind verschrottet worden. Eine ungeheure Menge von Flugzeugen ist beim Rückzug und später verloren gegangen. Andere große Mengen sind ausgeliefert worden. Obwohl nach dem Friedensvertrage der Neubau von Luftfahrzeugen nur drei Monate lang zu unterbleiben hat, verbietet die Entente auch weiterhin den Neubau.

42 Jahre Schuldknechtschaft.

Die Entschädigungsnote der Entente.

Gleichzeitig mit der militärischen Note haben die Alliierten der deutschen Regierung die Pariser Vereinbarung zwischen den alliierten Mächten zur Regelung der deutschen Entschädigungsverpflichtungen übergeben. Während die Entwaffnungsforderungen als endgültige Entscheidung der Alliierten anzusehen sind, enthält die Entschädigungsnote lediglich die „Vorschläge" der Alliierten, die allerdings einstimmig gefaßt sind und kaum noch den Charakter des Vorschlags tragen.

Im ersten Artikel werden die bekannten Jahreszahlungen (Annuitäten) festgesetzt, die Deutschland 42 Jahre hindurch bis zum 1. Mai 1963 als „Wiedergutmachung" an die Alliierten leisten soll. Der Vertrag von Versailles spricht bekanntlich nur von dreißig Jahren, der von den Alliierten in Aussicht genommene Zeitraum widerspricht demnach den Bestimmungen des Friedensvertrages.

Die Raten sind zur Hälfte am Ende jeden Halbjahres zahlbar, und zwar sind zu entrichten:

2	Raten von	2	Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1921 bis 1. 5. 1923.
3	Raten von	3	Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1923 bis 1. 5. 1926.
3	Raten von	4	Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1926 bis 1. 5. 1929.
3	Raten von	5	Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1929 bis 1. 5. 1932.
31	Raten von	6	Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1932 bis 1. 5. 1963

Zusammen also:
42 Raten von 226 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1921 bis 1. 5. 1963.

Neben diesen Zahlungen sieht der Artikel 1 der Vereinbarung noch die Leistung von 42 Annuitäten vor, welche vom 1. Mai 1921 zu laufen beginnen, je 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr gleichkommen, von dem Ertrag dieser Ausfuhr vorweg erhoben werden und in Gold, zwei Monate nach Ablauf jeden Halbjahres, zahlbar sind.

Unverzügliche Ausfertigung von Bonds.

Der 2. Artikel dieses Vorschlages verlangt unverzügliche Ausstellung von den auf den Inhaber lautenden Bonds (Gutscheinen) in Höhe der Halbjahresbeträge. Die Reparationskommission kann denjenigen Mächten, die es wünschen, die Begebbarkeit des ihnen zukommenden Teils sichern. Offenbar will man Frankreich und den kleinen Ententestaaten ermöglichen, die deutschen Bonds an Neutrale zu übertragen und auf diese Weise weitere Interessenten an der strikten Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu gewinnen.

Im dritten Artikel werden Deutschland, falls es seine Schuld im Voraus zahlen will, gewisse Abzüge in Aussicht gestellt. Bei den geforderten Milliardenleistungen ist Vorausbezahlung der fälligen Raten natürlich völlig ausgeschlossen.

Verbot auswärtiger Anleihen.

Caberia! Der größte historische Film Deutschlands wird am 14. Febr. in den Steinheimer Lichtspielen gegeben . . . . . .

Im folgenden Artikel wird es Deutschland untersagt, irgend eine Kreditoperation außerhalb seines Gebietes ohne Zustimmung der Reparationskommission zu unternehmen. Auch die deutschen Länder, Provinzen, Städte und vom Staat überwachte Gesellschaften dürfen keinerlei auswärtige Anleihen ohne Erlaubnis der Entente aufnehmen. Augenscheinlich will man durch diese Bestimmung die amerikanischen Bestrebungen, den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens durch einen größeren Kredit zu erleichtern, von vornherein vereiteln.

Die Zollkontrolle.

Im letzten Artikel des Vorschlages erinnern die Alliierten zunächst daran, daß nach dem Friedensvertrag alle Güter und Einnahmequellen des Reiches und der Länder der Sicherstellung einer restlosen Durchführung der Ententeforderungen zu dienen haben. Im Anschluß daran bringen die Alliierten in Vorschlag, Deutschland soll den gesamten Ertrag der deutschen See- und Landzölle einschließlich des Ertrages aller Einfuhr- und Ausfuhrabgaben für die Durchführung der Pariser Vereinbarung verpfänden. Keine Aenderung in der Zollgesetzgebung oder in den Zollverwaltungsbestimmungen Deutschlands, die geeignet wäre, den Ertrag der Zölle zu vermindern, soll ohne Zustimmung der Reparationskommission vorgenommen werden dürfen. Die Gesamtheit der deutschen Zolleinnahmen soll für Rechnung der deutschen Regierung durch einen Generalzolleinnehmer für die deutschen Zölle vereinnahmt werden, welcher von der deutschen Regierung mit Zustimmung der Reparationskommission ernannt werden wird.

Danach soll sich Deutschland des letzten Rechtes seiner Staatshoheit begeben und auf die Stufe der Türkei herabgedrückt werden. Der deutsche Generalzolleinnehmer hat lediglich nach dem Wunsche der Alliierten zu handeln, Deutschland selbst wird von seiner eigenen Zollgesetzgebung und -Verwaltung ausgeschlossen.

Schließlich werden noch die üblichen Strafmaßnahmen angedroht, die ergriffen werden sollen, falls Deutschland mit seinen Zahlungen im Rückstand bleiben sollte. Die Reparationskommission soll befugt sein, die Gesamtheit oder einen Teil des Ertrages der deutschen Zölle zu beschlagnahmen oder sogar die Verwaltung und die Vereinnahmung der Zölle selbst zu übernehmen. Endlich soll Deutschland unter Androhung der genannten Strafmaßnahmen aufgefordert werden, die Tarife zu erhöhen und zur Vermehrung ihrer Einnahmequellen andere von der Reparationskommission für unumgänglich erachtete Maßnahmen zu treffen.

*

Die zuständigen Stellen sehen in dem jetzt beschlossenen Reparationsplan eine Rückkehr zu den Abmachungen von Boulogne. Es ist einfach unmöglich, daß Deutschland die geforderte Zahlung leisten kann. In der Antwort der deutschen Regierung an die Entente wird darauf hingewiesen, daß unser Anspruch auf Festsetzung des Schadenersatzes gemäß Art. 233 nicht erfüllt ist und daß die jetzigen Forderungen etwas ganz anderes sind als das, was wir im Friedensvertrage unterzeichnet haben. Man betrachtet daher die jetzt vorgelegten Forderungen lediglich als einen Vorschlag, zu dem Deutschland Stellung zu nehmen hat.

Spitzen.

Roman von **Paul Lindau.**

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.

Erster Teil.

I.

Endlich hatte Gräfin Juliane den dringenden Bitten ihrer Tante, der Fürstin Karola von Eyckhof-Menthin, nachgegeben und ihr versprochen, den Ball bei dem Bevollmächtigten zum Bundesrate, Baron von Heddersdorf, doch noch zu besuchen. Die Gräfin hatte zwar schon abgeschrieben, und ihre Ablehnung genügend begründet: ihr Mann, der Wirkliche Geheimrat und Präsident Graf Albrecht von Iseneck, war auf einer Dienstreise begriffen und wurde erst morgen zurückerwartet. Aber Fürstin Karola hatte sie so herzlich gebeten, ihrer Tochter, Prinzessin Alix, die heute abend beim Baron von Heddersdorf zum erstenmal in der Berliner Gesellschaft erscheinen sollte, freundlich zur Seite zu stehen, und die reizende Alix selbst hatte sie so bestürmt und ihr immer wiederholt, daß sie der mütterlichen Obhut eigentlich kaum bedürfe, die Unterstützung einer jungen, lebhaften und beliebten Frau aber, mit der sie von allem möglichen schwatzen, und die sie in allen schwierigen Fällen um Rat fragen dürfe, durchaus nicht entbehren könne, — die Vorstellungen der Tante waren so vernünftig und herzlich, die anmutigen Quälereien der Cousine so unwiderstehlich gewesen, daß Juliane gegen Mittag einige flüchtige Zeilen an die Baronin von Heddersdorf sandte und die Zurücknahme ihrer früheren Absage wie die nachträgliche Annahme der Einladung in zwölfter Stunde mit irgend einer harmlosen Notlüge begründete.

Jetzt bereute es die Gräfin doch, daß sie nicht standhaft geblieben war, daß sie nicht bei ihrer Weigerung, den Ball zu besuchen, verharrt hatte. Sie empfand gegen das Haus Heddersdorf ein merkwürdiges Vorurteil, ein abergläubisches Widerstreben, es brachte ihr Unglück.

Bei denselben Heddersdorfs war auch sie vor fünf Jahren, als ungemein lebhaftes neunzehnjähriges Mädchen, in die Berliner Gesellschaft eingeführt worden, da hatte sie den Grafen Iseneck kennen gelernt. Da war der erste Grundstein zu ihrer Ehe gelegt worden; da hatte sie später auch die Bekanntschaft mit dem jungen Fürsten Ulrich von Engernheim-Kypstein gemacht, — mit dem „tollen Ulrich", — wie der Fürst zu jener Zeit in seinen Kreisen allgemein genannt wurde. Kurzum, mit dem Namen Heddersdorf verknüpften sich für Gräfin Juliane nur Erinnerungen, die sie tief verstimmten.

„Alles im Leben wiederholt sich," sagte sie halblaut vor sich hin, während sie sich an das breite Fenster setzte und gedankenvoll auf den blendend hellen Park, dessen Wege mit einer dichten, weichen, sanften Schneeschicht wie mit weißem Plüsch überzogen waren, hinabblickte. Die Vorgänge der letzten Tage vergegenwärtigten ihr mit grausamer Schärfe alle Umstände, die den entscheidenden Schritt ihres Lebens begleitet hatten. Jetzt freilich spielte eine andere die Hauptrolle: die entzückend frische, nichtsahnende Alix, die mit ihren wundervollen, großen dunkelblauen Kinderaugen in die Welt lachte, aber das Schauspiel war dasselbe. Für sie war es zur Tragödie geworden: möchte es nur für die liebe Alix einen befriedigenden Ausgang haben!

*

Juliane hatte ihre Mutter in frühester Kindheit verloren und keine Erinnerung an sie bewahrt. Als sie neun Jahre alt war, starb auch ihr Vater nach langem und schwerem Leiden. Dann war sie nach Menthin zum Onkel Engelbert und zur Tante Karola gekommen, und da war es viel schöner als daheim. Und es dauerte gar nicht lange, so hatte sie vergessen, daß sie jemals wo anders gewesen war. Menthin war ihr zur wahren Heimat geworden.

Und sie war wie die Sonne im Hause des Fürsten. Sie brachte Leben und Licht und Lust in das alte Menthiner Schloß, und wenn Fürst Engelbert und K. ole selbstsüchtig gewesen wären, so hätten sie sich nie von ihrem Lieblinge getrennt.

Aber sie liebten das lustige Kind eben wirklich und uneigennützig; und sie sagten sich, daß Juliane nun in dem Alter sei, in dem für sie und ihre Zukunft etwas geschehen müsse.

Julianes Vermögen war nicht bedeutend; es genügte bei weitem nicht, um dem im fürstlichen Ueberflusse verhätschelten und verwöhnten Mädchen die Fortführung ihres bisherigen Lebens aus eigenen Mitteln auch nur annähernd zu ermöglichen. Sie war nichts weniger als praktisch und verstand von Geld und Geldeswert so gut wie nichts. Es war sogar zu befürchten, daß sie ihrer Mutter, die eine sinnlose Verschwenderin gewesen war, einigermaßen nachartete. Deshalb stand auch der Reichtum an Juwelen und Spitzen, die Juliane geerbt hatte, außer allem Verhältnisse mit dem von ihren Eltern hinterlassenen Barvermögen.

Die Liebhaberei für Spitzen hatte Juliane jedenfalls von ihrer Mutter geerbt, und bei dem Kinde hatte sich diese Neigung noch erheblich verstärkt; sie war bei der Komtesse beinahe zur Manie ausgeartet. Immer wieder und wieder hatte sie Tante Karola gebeten, sie in der Kunst des Spitzenklöppelns unterrichten zu lassen; sie hatte ihr solange zugesetzt, bis ihr zu ihrem sechzehnten Geburtstage die gutmütige Fürstin eine eibhaftige Klöpplerin, die man aus Brüssel hatte kommen lassen, aufbaute.

Juliane war selig, die belgische Arbeiterin wurde ihre beste Freundin.

Durch ihre unermüdliche Ausdauer und ihr Geschick hatte sie es mit der Zeit wirklich zu einer beachtenswerten Fertigkeit gebracht und allerliebste Arbeiten hergestellt. Dabei hatte sie sich allmählich auch eine gründliche Kenntnis der Spitzen angeeignet. Sie besaß alle zugänglichen Werke, die über Spitzen erschienen waren, und hatte sie mit Ernst studiert. Sie war in der Geschichte der Spitzen, in den verschiedenen Spitzenarten und Mustern bewandert wie ein Fachgelehrter. Mit bester Laune ließ sie die Neckereien des Onkels, der sie wegen dieser eigentümlichen Liebhaberei oft hänselte, über sich ergehen.

„Wenn ich keinen Mann finde," sagte sie munter, „habe ich doch wenigstens etwas gelernt, um mir mein Brot zu verdienen."

„Gewiß!" stimmte der Fürst zu. „Wenn du noch etwas mehr dazu lernst und recht fleißig bist, kannst du es doch wohl auf einen Wochenlohn von fünf, sechs Mark bringen. Und viel mehr brauchst du ja nicht — für deine Handschuhe."

Einen Mann finden! — Juliane hatte im Scherze gesagt, was ihre sorgenden Verwandten gerade während der letzten Wochen und Monde oft und ernsthaft beraten hatten. Und an demselben Abend wurde der Beschluß gefaßt, daß diesmal Karola und Juliane den Fürsten, der sich zur Session des Herrenhauses nach Berlin zu begeben hatte, begleiten sollten.

Juliane machte in den aristokratischen Salons und auch bei Hofe durch den Reiz ihrer Erscheinung und ihres Wesens Aufsehen. Sie wurde viel umschwärmt; aber unter all den jungen Kavalieren, die mit ihr durch den Saal flogen und in den Tanzpausen sich über die frische Schlagfertigkeit ihrer Antworten höchlich ergötzten, war auch nicht einer, der sich ihr mit ernsthafteren Absichten zu nähern schien.

Julianen war das ganz recht. Sie hatte von jeher mit Vorliebe die Gesellschaft älterer und reiferer Männer aufgesucht und immer behauptet, daß sie im Verkehr mit jungen Leuten verdumme, sich nicht das Geringste aus dem mache, was sie von diesen zu hören bekomme, und niemals wisse, was sie ihnen sagen solle.

Gesangverein „Harmonie"-Steinheim.

Sonnabend abend 8 Uhr: **Gesangstunde** im Vereinslokal. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Eine schwere Entscheidung.

— Berlin, 1. Februar.

Die Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien.

Sofort nach Abschluß der gestrigen Reichstagssitzung und im Laufe des heutigen Tages fanden im Schoße des Reichskabinetts und in den Reichstagsfraktionen wichtige Beratungen statt, in denen die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene neue Lage nach allen Richtungen durchgesprochen wurde. Das Reichskabinett hat bereits am Montag abend in später Stunde seine Beratungen über die Note und ihre Auswirkungen für die innere und äußere Politik abgeschlossen.

Der heutige Vormittag war ausgefüllt durch Verhandlungen der Parteiführer untereinander und durch vertrauliche Besprechungen zwischen der Regierung und den Franktionsführern. Reichsminister Dr. Simons unterrichtete die maßgebenden Parlamentarier über die Stellungnahme der Regierung. Kurze Zeit darauf trat der Ausschuß des Reichsrats zusammen, um den Vertretern der Länder Gelegenheit zu geben, sich zu den diese im besonderen interessierenden Teilen der Entwaffnungsnoet zu äußern.

Erweiterung der Regierungsmehrheit?

Sofort nach Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse war der Versuch unternommen worden, ein parlamentarisches Einheitskabinett zu schaffen. Man wollte dadurch die Geschlossenheit des deutschen Volkes in der Ablehnung des jüngsten Ententeansinnens zum Ausdruck bringen und gleichzeitig eine einige, tragfähige Regierungsmehrheit für die nächsten kritischen Wochen schaffen. Die Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Bei aller Uebereinstimmung in der sachlichen Beurteilung der Lage lehnen die Mehrheitssozialisten aus innerpolitischen Gründen — wohl mit Rücksicht auf die Preußenwahlen — ein formales Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien wie auch den Eintritt in das Kabinett Fehrenbach ab. Mit den Deutschnationalen soll wegen ihrer etwaigen Beteiligung an einer neuen Regierungsbildung überhaupt noch nicht offiziell verhandelt worden sein.

Reichsminister Dr. Simons über die Ententenote.

Um 4 Uhr nachmittags trat der Reichstag zur Entgegennahme der Regierungserklärung über die Ententenote zusammen. Das Haus und die Tribünen sind überfüllt. An der Regierungsbank haben der Reichskanzler und das Reichskabinett vollzählig Platz genommen. Sofort nach Beginn der Sitzung erhält Reichsminister des Aeußern **Dr. Simons** das Wort. Der Minister gibt zunächst eine ausführliche Schilderung über den Gang der Verhandlungen, die zur Pariser Ministerkonferenz geführt haben, alsdann erörterte er kurz den Inhalt der Note und verbindet damit einige Worte der Kritik. Zum Schluß legte er die Stellungnahme der Regierung ausführlich dar.

Schon in Boulogne ist die Schadenersatzsumme festgestellt worden. Die deutsche Regierung hat von diesem Ergebnis von Boulogne niemals eine amtliche Mitteilung bekommen. In Spa kam die feierliche Zusage des Präsidenten der Konferenz, daß wir, nachdem die Reparationsfrage von der Tagesordnung gestrichen war, in Genf nochmals darüber verhandeln sollten. Die Zusammenkunft in Genf verzögerte sich mehr und mehr. Infolgedessen wurde von uns die Anregung gegeben, daß Sachverständige von Land zu Land sich über die wichtigen Themata der Reparation verständigen sollten. Lange hat es gedauert, bis die Sachverständigen endlich nach Brüssel zusammenberufen wurden. Die Brüsseler Beratungen sind vertagt worden. Während der Verhandlungen, die zwischen Herrn Bergmann als deutschen Vertreter und Seydoux als Vertreter der Alliierten in Paris geführt wurden, ergab sich, daß Seydoux mit einem neuen Plane hervortrat, daß Deutschland zunächst eine Gesamtschuld übernehmen sollte und dafür fünf Jahresraten zahlen sollte. Wir haben uns schließlich damit einverstanden erklärt, den Vorschlag als Grundlage für die Verhandlungen anzunehmen unter den bekannten Vorbehalten.

Die neueste Note der Entente hält der Minister für ein überhastetes Ergebnis einer schwierigen Verhandlung. Bei der Besprechung der Entwaffnungsforderungen bedauert er, daß die Alliierten kein Wort der Anerkennung für die bisherigen Leistungen Deutschlands gefunden habe. In Bezug auf die Entschädigungsvorschläge stellt Minister Simons fest, daß die Berechnung der Alliierten auf gänzlich falschen Grundlagen beruhe. Sie stützen sich auf eine Handelsbilanz, die mit einer Ausfuhr von 8 bis 16 Milliarden abschließt, eine Summe, die Deutschland in seiner größten Blütezeit niemals erreicht hat. Die Summe von 226 Goldmilliarden ist vielmehr willkürlich festgestellt und bedeutet einen unerträglichen Eingriff in die deutsche Wirtschaft. Sie ist vielleicht höher als das heutige deutsche Volksvermögen. Die Forderung läuft auf eine Versklavung des deutschen Volkes bis in die zweite Generation hinaus.

Es ist selbstverständlich die erste Pflicht der deutschen Regierung, alle Mittel anzuwenden, um trotz der ungeheuren Schwierigkeiten zu klaren und deutlichen Gegenvorschlägen zu kommen. Jedoch sind die Bedingungen dieser Note für Deutschland nicht diskutabel. Sie können nicht als Grundlagen für neue Verhandlungen betrachtet werden. Wir werden jetzt versuchen, neue Gegenvorschläge auszuarbeiten und damit an die Alliierten heranzutreten.

Unannehmbar!

— Berlin, 2. Februar.

Die gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien.

Nach langen Fraktionssitzungen beginnt der Reichstag heute die Aussprache über die gestrige Regierungserklärung. Das Reichskabinett ist vollzählig erschienen, Haus und Tribünen sind stark besucht. Als erster Redner ergreift der Demokrat Schiffer das Wort und gibt im Namen der Regierungsparteien sowie der bayerischen Volkspartei und des bayerischen Bauernbundes folgende gemeinsame Erklärung ab:

Die uns vorgelegten Noten enthalten Zumutungen, die weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, noch mit dem der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar sind. (Lebhafter Beifall.) In Schmerz und Empörung, aber auch im vollen Bewußtsein unserer durch den furchtbaren Ernst der Sachlage gegebenen Verantwortung erheben wir

feierlichst Widerspruch gegen den Mißbrauch der Gewalt.

Die Erklärungen des Herrn Reichsministers des Aeußern billigen wir. (Lebhafter Beifall.) In der Entwaffnungsfrage wollen wir die von uns übernommenen Verpflichtungen im Geiste loyaler Auslegung ausführen. Die Verantwortung dafür, daß durch unsere weitergehende Schwächung auch die Widerstandskraft gegen die von außen und innen drohende Gefahr des Weltbolschewismus gelähmt wird, trifft die Alliierten.

Die Vorschläge der Alliierten sind für uns unannehmbar.

Sie sind nicht geeignet, die Grundlage von Verhandlungen zu bilden. Sie würden die wirtschaftliche und politische Verelendung des deutschen Volkes nach sich ziehen. Das deutsche Völk würde als Abnehmer und Verbraucher aus der Weltwirtschaft ausscheiden. Möge es der Reichsregierung gelingen, auf der Grundlage neuer Vorschläge eine Einigung zu erzielen, die die Welt fruchtbarer Arbeit zuführt! Die Regierung wird uns an ihrer Seite sehen, wenn ihre Vorschläge abgelehnt werden und die Entente an ihren Forderungen festhält, die die Vernichtung des deutschen Volkes in Gegenwart und Zukunft bedeuten. (Stürmischer Beifall.)

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) erklärt, daß die sozialdemokratische Partei ebenfalls die Wiedergutmachungsvorschläge für undurchführbar halte. Keine deutsche Regierung wird diese Vorschläge für ausführbar erklären. (Beifall.) Sie würde sonst die Unwahrheit erklären. Die geforderten 42 Jahreszahlungen überschreiten die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die Ausfuhrabgabe steht im Widerspruch zum Friedensvertrage. Sie würde zur Verelendung der deutschen Arbeiterschaft führen, die die stärkste Stütze der deutschen Republik ist. Die Arbeiter aller Länder sollten auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinwirken, die eine für alle Welt heilsame Lösung bringen. Die Entwaffnung Deutschlands ist schon so weit gediehen, daß für die anderen Völker kein Anlaß mehr besteht, die schweren Rüstungen noch weiter zu tragen. Nur eine allgemeine Entwaffnung wird den Frieden der Welt sichern. (Beifall links.)

Abg. **Hergt** gibt namens der Deutschnationalen folgende Erklärung ab: Die Forderungen des Feindbundes gehen über die unerträglichen Bestimmungen noch weit hinaus, die uns durch den Vertrag von Versailles aufgezwungen sind. Für uns gibt es nur ein glattes „Unannehmbar". In der Entwaffnungsfrage hätten wir einen entschiedeneren Ton gewünscht. Ostpreußen erwartet von seinem Vaterlande, daß es angesichts der bolschewistischen Gefahr nicht im Stich gelassen wird. Diese Gefahr aber besteht fort. Die wirtschaftlichen Forderungen würden die dauernde Versklavung und Entmündigung des deutschen Volkes herbeiführen. Die Vorschläge sind in keiner Weise eine Grundlage für Verhandlungen. Sie müssen von vornherein abgelehnt werden.

Abg. **Ledebour** (U. Soz.) erklärt: Die Entwaffnungsformel halte seine Partei für berechtigt, ausnehmen müsse man aber die Bedingungen für die Luftschiffahrt, weil sie geeignet seien, eine deutsche Friedensindustrie zu schädigen. Schuld an der Entwaffnungsnote seien die militärischen Organisationen, die immer noch in Deutschland bestehen, so zum Beispiel die Orgesch. Wir versprechen uns, wenn es zur Verhandlung kommt, sehr viel von der Einsicht der englischen und französischen Arbeiter.

Abg. Dr. **Levi** (Komm.): Man wagt nicht, dem Problem fest in die Augen zu sehen. Zu Rußland muß endlich der Weg gefunden werden.

Die Aussprache schließt.

Das Schlußwort des Präsidenten.

Präsident **Löbe**: Mit Ausnahme des Vertreters der Kommunisten haben die Redner aller Parteien die Unmöglichkeit der Ausführung der uns in der Note auferlegten Verpflichtungen dargelegt. Mögen uns die Tatsachen erspart bleiben, die sich ergeben müssen, wenn unsere Gegner gewaltsam den Versuch der Durchsetzung ihrer Forderungen machen. (Lebhafte anhaltende Zustimmung.) Der stärkste Arm muß erschlaffen, der beste Wille versagen, wenn einem Volke, das abgeschnitten von allen Hilfskräften den Krieg und seine Folgen ertragen hat, zugemutet wird, sich neue Wirtschaftsfesseln anzulegen und neue unerträgliche Bürden sich aufladen zu lassen. (Anhaltende Unterbrechungen durch die Kommunisten. Große Unruhe im Hause.) Wird die warnende Stimme des deutschen Parlaments überhört, dann tragen die Folgen nicht wir, sondern ganz Mitteleuropa und auch die (zu den Kommunisten), die jetzt rufen. (Anhaltender Beifall. — Erneute Zwischenrufe der Kommunisten. Gegenrufe und stürmische Pfuirufe bei der Mehrheit.)

Nach Verlesung einer Protesterklärung des bayerischen Landtages gegen die Pariser Beschlüsse entspinnt sich eine stürmische Geschäftsordnungsaussprache, da die Kommunisten und Unabhängigen Einspruch dagegen erheben, daß der Präsident nach Schluß der Aussprache noch sachliche Ausführungen gemacht habe.

Abg. **Trimborn** (Ztr.) erklärt, daß es von jeher Brauch im Reichstag war, daß in geschichtlichen Augenblicken der Präsident die Stimmung des Hauses zusammenfaßte. (Lebhafter Beifall.) Die Worte des Präsidenten werden beim deutschen Volke allgemeine Zustimmung finden. (Erneuter Beifall.)

Damit schließt auch die Geschäftsordnungsaussprache.

Der Nothaushaltetat wird in dritter Lesung genehmigt. — Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Wehrministeriums. Angenommen werden Anträge der bürgerlichen Parteien, wonach die vom Ausschuß gestrichenen Offizierstellen bei der Reichswehr und der Reichsmarine wiederhergestellt werden. Zugestimmt wird der ersten Rate zum Bau eines kleinen Kreuzers.

Es folgt die zweite Beratung des Betriebsbilanzgesetzes, das nach kurzer Aussprache in der Einzelabstimmung angenommen wird.

Dann vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr.

Scherz und Ernst.

tk. **„Ueber allen Gipfeln ist Ruh . . ."**, so liest man auf dem neuesten Notgeld des thüringischen Bades Ilmenau, das berechtigtes Aufsehen erregt hat. Sind es doch durch den Meister der neuhochdeutschen Literatur geweihte Stätten, die unbedingt ein Recht darauf haben, auch in den kleinen Dingen des Tages auf das große Schaffen der vergangenen Goetheepoche hinzuweisen. Und so flattern in künstlerischer Ausstattung Goethe-Erinnerungen in Form von 10-, 20-, 25- und 50 Pfg.-Scheinen in den Verkehr. Die von bewaldeten Berghängen eingerahmte Stadt, der mit seinen Erinnerungen geradezu klassisch gewordene Kickelhahn, Goethe vor der kleinen Baude, an deren Tür er die poesievollen und an Sprachschönheit nicht zu übertreffenden Verse schrieb:

„Ueber allen Gipfeln ist Ruh.
In allen Wipfeln spürest Du
Kaum einen Hauch.
Die Vöglein schlafen im Walde.
Warte nur, warte nur: balde
Ruhest Du auch!"

und ein Einblick in die weltberühmte Ilmenauer Glas- und Thermometer-Industrie sind die vier Motive zu den Miniaturzeichnungen auf dem neuen Notgeld, das ohne Zweifel viel Anklang finden und von Sammlern ungeheuer begehrt sein wird.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

-.- **Steinheim**, 3. Februar.

*— **Im Silberkranze.** Am vergangenen Dienstag begingen die Eheleute Landwirt August Müller, Hospitalstraße, das Fest der Silbernen Hochzeit. Besten Glückwunsch!

*— **Diebstähle.** In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurden dem Schuhmachermeister Ant. Brockmann mittels Zertrümmerns der Schaufensterscheibe zwei Paar Schuhe aus dem Schaufenster gestohlen.. — In derselben Nacht wurde in Lothe in die Molkerei eingebrochen und dortselbst ca. 70 Pfund entwendet. Von den Dieben fehlt jede Spur.

*— **Großer Preissturz in Eiern.** In den letzten acht Tagen sind die Eierpreise in den nord- und westdeutschen Großstädten um mehr als die Hälfte gefallen; Die Preise gehen täglich weiter zurück. Statt 1.80 — 2 Mk. werden höchstens noch 1.20 Mk. für das Stück bezahlt. Die Eierlager in den Großstädten sind überfüllt, doch die Konsumenten, die jetzt besser mit Fleisch versorgt sind, streiken im Kauf. Die milde Witterung hat die Produktion ungewein begünstigt, so daß heute schon mehr Eier auf den Markt sind, als sonst Ende Februar und März. Bei einem Einzelpreis von 2—3 Mk. fand sich in den Großstädten schließlich kein Käufer mehr, so daß die Verkäufer mit ihren Vorräten sitzen blieben. Kenner der Marktlage behaupten, daß binnen kurzem der Eierpreis auf 40—50 Pfg. sinken wird.

*— **Bauernregeln für Februar.** Schnee und Regen sind auch im Februar noch für den Landmann eine Vorbedingung für eine seinen Wünschen entsprechende Ernte. Denn „Schmilzt im Februar die Sonne die Butter — gibt es im Herbste schlechtes Futter" und „Wenn's der Hornung gnädig macht — bringt der März den Frost bei Nacht." Auch die Vogelwelt muß als Prophet herhalten: „Singt die Lerche jetzt schon hell — geht's dem Landmann an das Fell." Dagegen bringt ein kalter Februar die beste Aussicht auf das Frühjahr mit. „Ist's zu Lichtmeß rauh und kalt — dann kommt auch der Frühling bald". Einen Wetterwechsel erwartet der Landmann regelmäßig vom Matthaistage, den „Mathais — bricht's Eis — find't er keins — so macht er eins". Schließlich deutet Nebel im Februar auf ein vorwiegend kühles und regnerisches Jahr hin, während ein sehr kalter Februar einen sehr heißen August prophezeit. Der Landmann schwört auf alle diese Prophezeiungen, auch wenn sie nachgewiesenermaßen nicht mit Sicherheit zutreffen.

*— **Börden**, 3. Febr. Gestern wurde vor dem Schöffengericht in Höxter der Ackerknecht J. K. aus R., zur Zeit hier im Dienste, wegen vielfacher Störung des Gottesdienstes im verflossenen Jahre und besonders am Sonntag, 16. Januar, zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Strafverschärfend wirkte der Umstand, daß der Angeklagte an dem genannten Sonntage trotz dreimaliger Mahnung durch den Geistlichen seine Störung (Lachen und Unterhaltung während der Verlesung der kirchlichen Vorschriften über die Eheschließung) fortgesetzt hatte.

*— **Schmalkalden**, 29. Jan. Großes Aufsehen erregt hier das Verschwinden von vier Kindern der hiesigen Familien Groß und Kirsch im Alter von 13, 10, 9 und 7 Jahren. Die Kinder — es sind Knaben — waren am 25. Januar nach Altersbach geschickt worden, um Lebensmittel zu holen und sind bisher nicht zurückgekehrt.

*— **Dortmund**, 2. Febr. Ueber einen tragikomischen Hereinfall einer hiesigen Geschäftsfrau wird berichtet: Auf den Wunsch eines Kunden, der ein Hemd kaufen wollte, probierte die Frau das Hemd über der Kleidung an, das der Kunde unbemerkt mit Stecknadeln befestigte. Rasch ergriff der Kunde dann ein Stück Leinwand und flüchtete damit. Die Geschäftsinhaberin stürzte hinter ihm her; sie wurde aber in dem sonderbaren Aufzuge für eine Wohnsinnige gehalten, so daß es dem Dieb ein Leichtes war, zu entwischen.

Gottesdienstordnung
in der kath. Pfarrkirche zu Steinheim.

Am Donnerstag, den 3. Februar, wird von 5 Uhr nachmittags an Beichte gehört.

Herz-Jesu-Freitag, den 4. Februar.

Vormittags 6.15 Uhr: Hochamt.
„ 7.15 Uhr: Hochamt zu Ehren des hlg. Herzens Jesu mit Segen.
Abends 7.30 Uhr: Herz-Jesu-Andacht.

Am nächsten Sonnabend ist gemeinschaftliche hl. Kommunion des Männerapostolats und der Schulkommunikanten der Klassen 2a und 2b. Letztere beichten am Sonnabend nachm. 4 Uhr.

1 halbes fettes Schwein
hat abzugeben: B. Junker, Bahnhofstraße

Freitag, Fisch!
Franz Sebrader Nachf.

Caberia! Der größte historische Film Deutschlands wird am 14. Febr. in den Steinheimer Lichtspielen gegeben . . . . . .

Caberia! Der größte historische Film Deutschlands wird am 14. Febr. in den Steinheimer Lichtspielen gegeben . . . . . .

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Am Freitag, den 4. Februar cr., Abends um 8 Uhr, findet im Saale des Herrn Ferdinand Hillebrandt, Rosentalstraße, eine

Oeffentl. Volksversammlung

statt.

Tagesordnung:

Referat des Gauleiters Lenz über das Thema: „Die Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen."

Darauf: Freie Aussprache. **Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein:**

Arbeiter erscheint in Massen! **Der Einberufer.**

Zur Deckung der Unkosten werden pro Person 30 Pfennig Saalgeld erhoben.

Bekanntmachung!

Die von der Eichungs-Direktion für die Provinz Westfalen für den Stadtbezirk Steinheim angeordneten Eichtage finden am 17., 18., 19., 21., 22. und 23. Februar dss. Js. im Saale des Gastwirts Ferdinand Hillebrandt hier statt.

Alle Eichpflichtigen haben ihre Meß- und Wiegegeräte dort bis spätestens 10 Uhr vormittags in gehörig gereinigtem Zustande einzuliefern und zwar:

von Haus-Nummer	1—100	am 17. Februar
von Haus-Nummer	101—150	am 18. Februar
von Haus-Nummer	151—200	am 19. Februar
von Haus-Nummer	201—300	am 21. Februar
von Haus-Nummer	301—400	am 22. Februar
von Haus-Nummer	401—Ende	am 23. Februar

Zur Einlieferung ihrer Meß- und Wiegegeräte in gehörigen gereinigtem Zustande an den Eichtagen sind verpflichtet die Gewerbetreibenden, die Landwirte, sobald sie beim Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte die Ergebnisse von Meß- und Wiegegeräten einer Preisbestimmung zu Grunde legen, die Konsumvereine, auch wenn sie nur an Mitglieder Waren absetzen, und Großhandlungen und Fabrikbetriebe, wenn Meß- und Wiegegeräte entweder zur Preis- oder Arbeitslohnberechnung Verwendung finden. Die Zahlung der Eichgebühr muß an den Eichtagen an die Stadtkasse entrichtet werden.

Steinheim, den 22. Januar 1921.

Der Bürgermeister: J. V.: Reineke.

Salzschneidebohnen
Sauerkraut
Halberstädter Würstchen
empfiehlt:
Franz Schrader Nachf.

Für das Jahr 1921 sofort bestellen!
Kalk und Mergel
aus eigenen hessischen und westfälischen Werken.
Kalkvertrieb G. m. b. H., Frihlar.

Radfahrer-Klub „All Heil."

Am Donnerstag, den 3. Februar, Abends 8 Uhr

- Versammlung -

im Vereinslokal.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über das in Aussicht genommene 100-Meter-Rennen.
2. Besprechung zwecks Anschluß an den deutschen Radfahrerb.
3. Neuwahl eines Schriftführers.
4. Einziehung der Monatsbeiträge.
5. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.

Die Mitglieder werden hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Technikum Lemgo (Lippe.)
Maschinenbau, Elektrotechnik, Hoch-, Tiefbau, Ziegeleiwesen.
Semester 7. 4. 21. Programme frei.

Caberia! Der größte historische Film Deutschlands wird am 14. Febr. in den Steinheimer Lichtspielen gegeben . . . . . .

Samen Vertrauenssache

Nur frische, vollkeimfähige Ware
Gemüse-Sämereien in bester Qualität.
Ia Runkelsamen-Elite
verbesserte Eckendorfer, das Beste, was es darin gibt, sowie Bohnen und Erbsen von nur zuverlässigen Züchtern bezogen empfiehlt:
Gärtnerei Franz Hörning.
Steinheim — hinter Gastwirt Hillebrandt.

- Im Interesse -
pünktlicher Fertigstellung empfiehlt es sich, Hüte zum Umpressen und Färben schon jetzt zu bringen . . . . . .
S. Emmerich Wwe.
Putzgeschäft — Steinheim.

Zum Einkochen von Wurst u. Fleischwaren
empfehle ich **Blechdosen** in allen Grössen.
Blechdosen sind bedeutend billiger wie Gläser; Undichtigkeiten und Zerspringen ausgeschlossen. Gebrauchte Dosen, auch alte, können mit neuem Deckel versehen und wieder verwandt werden.
Kein Zulöten mehr.
Die bei mir gekauften Dosen werden mittels einer
- Maschine -
gratis verschlossen.
E. Wegesin, Steinheim i. W.
Pyrmonterstrasse. Fernsprecher 77.

Sport und Verkehr.

× **Ein neues Riesenluftschiff in England.** Die Engländer vollendeten den Bau des Luftschiffes „R. 36". Es ist noch größer, als der kürzlich zerstörte „R. 35" und hat auch Schlafkabinen für Passagiere. Das Luftschiff soll demnächst eine Reise nach Aegypten antreten.

Aus Stadt und Land.

** **Erneute Beschlagnahme eines polnischen Waffentransportes.** Wie von interalliierter Seite mitgeteilt wird, wurde am Sonntag abend auf dem Beuthener Bahnhof ein riesiger Waffentransport beschlagnahmt, der nach Beuthen bahnlagernd gesandt wurde. Angeblich sollte der Waggon Schmalz, Soda, Seife, Vaseline und Marmelade enthalten. Eine nähere Untersuchung ergab, daß in den Marmeladekübeln, Schmalzfässern und Soda- und Seifenkisten Waffen und Munition verborgen waren, und zwar 8 Maschinengewehre, 460 Infanteriegewehre, 100 000 Infanterie-Geschosse, 2500 Handgranaten, 360 Bomben mit Giftgasen. Wer für den Waffentransport verantwortlich zu machen ist, steht zurzeit noch nicht fest.

** **Fabrikationsspionage in Württemberg.** Verschiedene Personen versuchten ein Fabrikationsgeheimnis der Pulverfabrik Rottweil an das Ausland zu verkaufen. Gegen die Betreffenden ist Haftbefehl erlassen worden. Die Akten sind dem Oberreichsanwalt übergeben.

** **Schlafkrankheit im besetzten Gebiet.** An verschiedenen Orten im Rheinland und in der Pfalz sind in der letzten Zeit mehrere Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden. So sind in St. Ingbert, in Saarbrücken und anderen Orten verschiedene Fälle von Schlafkrankheit vorgekommen. Es wird vermutet, daß die afrikanischen Truppen der Franzosen die Krankheit nach Deutschland eingeschleppt haben.

** **Der Milchstreik in der Westpfalz.** Seit einigen Tagen herrscht in der Westpfalz ein Milchstreik, durch den die Milchbelieferung der Stadt Pirmasens stark gefährdet ist. Der Stadtrat von Pirmasens richtete ein Telegramm an die Kreisregierung zwecks energischen Vorgehens gegen die Streikenden. Von den Streikenden werden auf der Landstraße die Milchsammler angehalten und die Milchkannen in Straßengräben entleert. Ueberall sind berittene Milchstreikposten zu sehen. Mehr als fünfhundert Liter fehlten am Montag wiederum in Kaiserslautern. Im Bezirk Zweibrücken sind vorderpfälzische Gendarmen eingetroffen und auf die Landorte verteilt worden.

** **Landungsverbot für deutsche Auswanderer.** Am Sonntag kam der brasilianische Dampfer „Curvilla" auf der Reise von Hamburg nach Brasilien im Hafen von Antwerpen an. An Bord befanden sich viele deutsche Auswanderer, welche bei der Einfahrt in den Hafen „Die Wacht am Rhein" sangen. Dies führte zu Zwischenfällen. Das Schiff mußte von der Polizei bewacht werden, die den deutschen Passagieren das Singen verbot. Auch wurde ihnen nicht gestattet, an Land zu gehen.

Ein Verbrechen gegen die Zivilisation.

„Manchester Guardian" schreibt: Wir können sehr dankbar sein, daß die vom Obersten Rat beschlossenen Reparationsbedingungen niemals durchgeführt werden können, da die Ausführung der Bedingungen ein Verbrechen gegen die Zivilisation bedeuten würde. Ein zivilisiertes Land kann nicht gezwungen werden, in solchem Umfange und für eine solche Zeitdauer Tribut zu bezahlen. Das Blatt legt ausführlich die Unmöglichkeit für Deutschland dar, der von ihm geforderten Reparation nachzukommen, und die verhängnisvollen Folgen für die Industrien der alliierten Länder, die eine Erfüllung der Bedingungen nach sich ziehen würde.

Reichshilfe für Münchener Aufruhrschäden.

Das Reich hat an Stelle der angeforderten sechs Millionen Mark der Stadt München dreieinhalb Millionen für Münchener Aufruhrschäden überwiesen, zur sofortigen Vorschußleistung an alle Aufruhrgeschädigten.

:: **Jubiläum der Halleschen Landwirtschaftskammer.** Zur Feier des 25jährigen Bestehens der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle, der ältesten Landwirtschaftskammer Deutschlands, fand unter Beteiligung des früheren Landwirtschaftsministers Freiherrn v. Schorlemer ein Festakt statt. Den Festvortrag hielt Professor Dade (Berlin) über die Bedeutung der Landwirtschaft für die Zukunft im wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes. Er erklärte, daß wir in absehbarer Zeit nicht daran denken können, den eng geschnallten Riemen zu lösen. Unsere Landwirtschaft versorgte uns in Deutschland vor dem Kriege zu vier Fünftel, heute nur noch mit einem Drittel dank falscher Produktionspolitik. Nur eine völlig veränderte politische Konstellation in der Welt könne Deutschland retten.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Im Reichstag gab der Reichsminister Dr. Simons eine Erklärung über die Ententenote ab.

— Die Reichsregierung hält den Pariser Reparationsvorschlag für Deutschland nicht diskutierbar.

— Die neuen Ententeforderungen werden im ganzen Reiche einmütig als undurchführbar abgelehnt.

— Die Versuche einer Erweiterung der Regierungsmehrheit sind vorläufig gescheitert.

— Die 226 Milliardenforderung der Alliierten hat einen neuen Sturz der Markvaluta zur Folge.

— Der bekannte Bekämpfer des Versailler Friedensvertrages, der Cambridger Universitätsprofessor Keyner legt in dem „Manchester Guardian" dar, daß eine Erfüllung der Pariser Entschädigungsbedingungen nicht möglich ist.

Caberia! Der größte historische Film Deutschlands wird am 14. Febr. in den Steinheimer Lichtspielen gegeben . . . . . .